

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verlagsdruckerei: Neudruck Dresden.
Verlagsnummer: 28 241
Stur für Nachdruck: 20011.

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei halbjährlicher Lieferung, durch die Post
bei halbjährlichem Versand monatlich 8,50 M., vierteljährlich 10,50 M.
Die 14tägige 37 mm breite Seite 2 M. und Familienangehörigen, Hausgenossen oder
Stellvertretern u. Wohnangehörigen, 10tägige 2 M. u. 20tägige 1 M. 50 Pf. Ursprünglich laut
Zert. Eisenbahnen-Verwaltung gegen Vorauszahlung, Einzelnummer 30 Pf.

Abrechnung und Anzeigen-Gebühren:
Anzeigenpreis 38/40.
Dresd. u. Verlag von Neudruck & Neudruck in Dresden.
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit schriftlicher Genehmigung („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Poincaré plant weitere Zwangsmaßnahmen.

Weitere Befehle und Kontributionen.

Paris, 8. April. Poincaré vertritt in einem ausführlichen Artikel im „Matin“ etwas von der stillen Arbeit, die Vertheilung mit den Militärführern unternimmt. Poincaré ist schon überzeugt, daß die ersten „Sanktionen“ nicht eingedrungen haben und nun sollen weitere folgen. Er vertritt sich nur, indem er erklärt, daß die Militärs hier in Frankreich vollkommen einzuhalten. Das Gegenteil ist aber der Fall. Keiner der Verbündeten zeigt Neigung, Frankreich auf seinem Kriegspfade gegen Deutschland zu folgen. Von der Propaganda-Abteilung Vertheilung wurden seit einigen Tagen die Blätter mit Nachrichten getrieben, um auf die Erfolge hinzuweisen, die Vietnam in Amerika angedeutet erreicht hat. Die Vereinigten Staaten sollten sich bereit erklärt haben, Frankreich auch in Zukunft zu unterstützen. Natürlich wird das von der französischen Propaganda gleich übertrieben. Auch ist es immer, daß Harding oder Hughes, wie einige französische Blätter melden, die Schuld Frankreichs nachlassen wollen. Das einzige, was Harding in Aussicht stellte, war, daß die Vereinigten Staaten Frankreich unterstützen können, indem sie einen größeren Kredit für Frankreich eröffnen, um Waren in Amerika zu kaufen. Die Ausfuhr Frankreichs nach Amerika kann nicht wesentlich erhöht werden. Das Hauptziel, worauf Wilson binneuert, die Ausfuhr der Vereinigten Staaten, daß sie militärische Hilfe in Aussicht stellen, falls Frankreich noch einmal von Deutschland angegriffen werden sollte, wird nicht erreicht, weil die republikanische Partei dafür einen Beschluß aus der Wahlzeit vorgehen hat, der damit ein Ende macht. Harding kann dieses Programm nicht ändern. Poincarés Prophezeiungen treffen daher auf Amerika nicht zu, denn von dort ist eine Unterstützung für die Pläne nicht zu erwarten, um noch weiteres Gewicht Deutschlands zu beheben und geschwunden deutsches Vermögen zu beschlagnahmen. Der zweite Plan Poincarés, England zu einer neuen Blockade gegen Deutschland zu veranlassen, ist ebenfalls nicht durchführbar, weil die Regierung von Lloyd George daran nicht denken kann. Schon bei den letzten Beschlüssen in London hatte Frankreich auf diese Blockade gedrungen und England hatte zum Schein auch Vorbereitungen getroffen, als ob sie tatsächlich einzutreten sollte. Aber das Kabinett beschloß mit Rücksicht, solche Fragen nicht mehr anzurühren, weil England die Verantwortung für die Folgen nicht tragen kann. Auch darin ist Poincaré. Es wird ihm weiter nichts übrig bleiben, als den Plan, den Frankreich allein durchführen kann, nämlich die weitere Befestigung des Ruhrgebietes, sowie eine noch größere Abschichtung des Rheinlandes, zu verfolgen. Dazu gehört auch die früher genannte Befestigung einzelner Städte am Mittelrhein. Vertheilung hat vor einigen Tagen bei den britischen Verbündeten einen Plan vorgelegt, um von den deutschen Städten der besetzten Westküste Kontributionen zu fordern, deren Höhe unbekannt den von Deutschland verlangten Entschädigungsbeiträgen gleichkommen soll. Diese Kontributionen sollen monatlich von den Städten eingetrieben werden und möglichenfalls sollen dazu Bankausweise und andere öffentliche Rollen mit Vertheilung besetzt werden. Vertheilung ist der Meinung, daß die deutsche Regierung dann gezwungen sein wird, den Städten die Beiträge zurückzuschicken, weil sonst die Befestigung der besetzten Gebiete sich gegen die deutsche Regierung erheben würde, was auch nicht angünstig für Frankreich sei. Der Ausweg dieses Zwangsmaßes würde also in jedem Falle für Frankreich etwas einbringen. Zu solchen Beschlüssen werden sich natürlich weder Italien noch England herbeilassen, so daß abzuwarten bleibt, ob die französische Regierung Poincaré so weit folgt, daß sie diese Vorbeurteilungen durchführt.

Ausdehnung der Befestigung?

Trieburg, 8. April. Zwischen den französischen und belgischen Militärbehörden wurde darüber verhandelt, ob vor der Einführung der Zollregeln die rechtsrheinische Eisenbahnlinie Oberhausen—Wesel—Emmerich von den belgischen Truppen besetzt werden soll. Die Militärs der alliierten Kommission in Koblenz haben die Deutschen in den letzten Tagen kontrolliert und erklärt, daß die nach Holland gehenden Gütertransporte sehr erheblich seien. In Oberhausen könnten diese Warenmengen mit den Rheinböden nicht erfaßt werden.

Die Ausführung der Zollbestimmungen.

Paris, 8. April. „Le Petit Parisien“ veröffentlicht folgende Informationen über die Anwendung des Zollsystems an der Grenze des besetzten Ruhrgebietes: Da die Alliierten sich im Prinzip darüber geeinigt haben, daß das Rheinland in Zukunft als ein von dem übrigen Deutschland wirtschaftlich getrenntes Territorium zu betrachten sei, werden die Waren, die vom unbesetzten Deutschland in das besetzte Gebiet eingeführt werden, mit einem Zoll belegt, für den die gleichen Tarife wie für die aus dem Auslande kommenden Waren angewendet werden. Die rheinischen Produkte, die nach dem unbesetzten Gebiete gehen, werden nur mit einer geringen handelsrechtlichen Abgabe belegt werden, da es von größter Wichtigkeit erscheint, der rheinischen Industrie eine Ausfuhrmöglichkeit lieber zu lassen. Weiter würde es von Vorteil sein, die französische Grenze einem Teil dieser rheinischen Produkte zu öffnen. Es wäre möglich, den Schaden, der durch diese Maßnahmen entstehen würde, dadurch wieder gutzumachen, daß gewisse französische Waren, deren Einfuhr bisher von der Reichsregierung verboten war, nach dem besetzten Gebiete eingeführt werden können. Die Zollregeln wird an gewissen Stellen aber die besten Punkte ausgedehnt werden. Der Kölner Brückenkopf beispielsweise würde eine Ausdehnung nach Norden erfahren, damit die Stadt Düsseldorf, die von einem mehrere Kilometer großen Hinterland umgeben ist, mit eingebogen werden kann.

Das Inkrafttreten der Zollgrenze am Rhein.

Mainz, 8. April. Nach einer hier eingegangenen französischen Information wird die Zollgrenze am Rhein am 30. April in Kraft treten. (W. T. B.)

Frankreichs Handel und Industrie für andere Zwangsmaßnahmen.

Paris, 8. April. Die der „Temps“ mitteilt, hat die Vereinigung der französischen Kaufleute und Industriellen im Rheinland in zwei Versammlungen Wünsche geäußert, die sie dem französischen Parlament übermitteln wollen. Vor allen Dingen erinnert die Vereinigung an die unangenehme Lage, die durch die Abnahme der deutschen Waren und die durch die Erhöhung der Zolltarife dem französischen Handel und der französischen Industrie im Rheinland bereitet werden. Die einzige Folge dieser Zwangsmaßnahmen sei die Verringerung der Einkünfte, die Einhebung der Weichste und die Vertreibung des Lebens in der Rheinprovinz. Schließlich werde auch der Widerstand der deutschen Gewerkschaften verurteilt und vor allen Dingen die Arbeitslosigkeit der deutschen Arbeiterklasse, die Unruhen nach sich ziehen könnte. In der Petition verlangen die französischen Kaufleute andere Zwangsmaßnahmen, so u. a. die Verstaatlichung der Rheinlande durch die internationalisierte Oberkommission, die Einführung einer Zollgrenze östlich der Ruhr, die Befreiung von Steuern und Zöllen, wie Frankfurt, Mannheim, Darmstadt, Hamburg und Bremen, die Entfernung der preussischen Beamten aus dem Rheinland, die Beschlagnahme der Röhre und Eisenbahnmaßnahmen, sowie die Verstaatlichung der Bergwerke, der Wälder usw., schließlich die Erziehung der preussischen Beamten durch Rheinländer und die Erhebung besonderer Steuern und Kontributionen. (W. T. B.)

Die Frankenvährung im Saargebiete.

Zweibrücken, 8. April. Am 1. Mai müssen die Eisenbahnen, Postämter, Briefstellen, Postposten usw. in Frankenvährung gebracht werden. Die Umrechnung wird vorgenommen auf der Grundlage ein Frank gleich drei Mark. Auch die Umrechnung der Gehälter und Löhne erfolgt auf dieser Grundlage. Diese Umrechnung bringt für die Frankenvährung eine erhebliche Wertminderung des Geldes und des Gehaltsverhältnisses mit sich.

Frankreich und Bionanis Mizerjolg.

Washington, 8. April. Aus Paris wird gemeldet, daß Bionani von der französischen Regierung die Anweisung erhalten hat, alle Bemühungen, den Völkerverbund zu retten, aufzugeben und seine ganze Kraft darauf zu konzentrieren, einen für Frankreich günstigen Vertrag zur Resolution zu erzielen. In die französische Regierung mit der beabsichtigt, den Völkerverbund zu retten, geht aus den Berichten hervor, stieg vertheilung gestern den Eindruck, daß ein Zusammenbruch der Freunde der Alliierten bei einer Behauptung des Friedens durch die europäischen Mächte wirksamer sei, als alle bisher auf dem Papier stehenden Abmachungen.

Bionanis Völkerverbundstraum.

Kopenhagen, 8. April. Nach einer Mitteilung der „Politiken“ aus Romport von Bionani die Ansicht haben, der amerikanischen Regierung Verhandlungen über eine Reorganisation des Völkerverbundes auf der Grundlage vorzuschlagen, das ein amerikanischer, ein amerikanischer und ein europäischer Völkerverbund geschaffen werden soll. Diese drei Völkerverbände sollen völkerverbündlich in ihrer Weise miteinander verbunden sein und nur dann gemeinsam ankommen, wenn mehrheitliche Fragen in entscheidender Höhe. Nur diese Völkerverbände sollen Amerika ähnlich nicht mehr in europäische Streitigkeiten einmischen brauchen.

Amerika gegen Schließung von Betrieben.

Düsseldorf, 8. April. Die amerikanische Konsulatsbehörde macht bekannt, daß jede Fabrik oder jedes Unternehmen im Stadtbezirk Düsseldorf mit mehr als 10 Arbeitern aus Mangel an Aufträgen, aus Mangel an Kohle oder wegen Abschandes oder Einführung der neuen Schließung neuen Betrieb schließen muß, vertheilung ist, bevor die Schließung vorgenommen werden kann, den amerikanischen Konsulatsbeamten und dem holländischen Arbeitsamt Meldung zu machen.

Inoffizielle Verhandlungen in Teffin?

Paris, 8. April. Die Meinung hiesiger diplomatischer Kreise, daß der Aufenthalt des deutschen Außenministers in Teffin nicht ausschließlich Ernährungsfragen gegolten, sondern daß Dr. Simons persönliche wenn auch inoffizielle Unterredungen mit autoritativen Persönlichkeiten der Entente-Regierungen, namentlich mit dem belgischen Außenminister, stattgefunden haben, ist durch die Abreise von Teffin bestätigt. Die Meldungen der „Düsseldorfer Post“ gehen denn auch dahin, daß das Reparationsproblem im Vordergrund dieser Unterredungen gestanden habe und daß man in Berlin um diese Unterredungen wüßte. (W. T. B.)

Eine Volksabstimmung in Steiermark.

Wien, 8. April. Der Landtag nahm heute einstimmig unter lebhaftem Beifall einen Antrag der Großdeutschen an zur Durchführung einer Volksabstimmung in Steiermark am 30. Mai über die Frage, ob die Provinz an Deutschland angeschlossen werden soll.

Die Wachtprobe in England.

Der Abbruch der Verhandlungen zwischen Lloyd George und den Führern der Bergarbeiter und die verheerende Gefahr des Ubergreifens der Streikbewegung auf die Transportarbeiter und Eisenbahner, ferner die Unruhen in Schottland haben einen Zustand heraufbeschworen, der einer englischen Revolution gleichkommt. Noch nie in der englischen Geschichte hat eine so bedrohliche Spannung zweier einander in Feindschaft gegenüberstehender Machtgruppen bestanden deren Zusammenprall selbst ein in sich so geschicktes Reich wie das englische in seinem Bestand schwer erschüttern muß, wenn es nicht noch in letzter Stunde gelingt, eine Einigung der Parteien zu erzielen. Die Möglichkeit und Wahrscheinlichkeit einer solchen, auf die Ähnlichkeit mit der Auslandsbewegung vom letzten Oktober in England zurückzuführen, ist auf ein Minimum zurückzuführen. Da es feststeht, daß der Gewerkschaftenverband keine Neigung aufweist, die nicht alle Forderungen der Arbeiter erfüllt, so wird die Regierung alle Mittel ergreifen, indem sie auf die Hilfe der großen Masse rechnet, um so der geschaffenen Lage Herr zu werden. Diese Worte Lloyd Georges vor dem Unterhaus sind die offene Kampfansage der englischen Regierung, die sich noch verabschieden will, durch Unterhandlungen zum Ziele zu kommen, gezwungen sieht, alle erfolgversprechenden Mittel anzuwenden, sie eröffnen die eigentliche, aber bereits schon von langer Hand vorbereitete Wachtprobe zwischen Staatsgewalt und Arbeiterkraft. Nicht mehr der Kampf eines einzelnen Standes, um wirtschaftlich bessere Lebensbedingungen geht hier vor sich, wenn er auch der Anfang der gegenwärtigen Bewegung gewesen sein mag, sondern die Auseinandersetzung verschiedener Weltanschauungen im Rahmen eines Volkes, der privatwirtschaftlichen und der sozialistischen. Lloyd George weiß das, und aus der Bitterkeit heraus, daß die sozialistisch-kommunistische Sturmflut, die in den Vorkriegsjahren Europas nach dem Kriegsende tobte, nun auch England erreicht hat und England durch seine Beziehungen zu Sowjetrußland erreichen mußte, ist in ihm der Entschluß gereift, den Kampf gegen die sozialistischen Tendenzen bis zum äußersten zu führen.

Was er zur Abwehr der Bewegung tun konnte, um seinem Lande die gefährliche Erschütterung zu ersparen, die Mitteleuropa in Nachkriegszeit heimlich, das hat er nicht unversucht gelassen. Den wertvollsten Erwerb in dieser Richtung glaubte er durch den auf geistlicher Vereinbarung beruhenden Pakt mit Moskau getan zu haben, in dem er geschickt den Schutz Englands vor bolschewistischer Propaganda zur Grundbedingung erhob. Daß er gerade in dieser Grundbedingung von Kraft und dem Meer bolschewistischer Agitatoren, die unter dem Vorwand der Antinapung von Handelsbeziehungen in England wie anderwärts sich einschmugeln zu verstanden, schließlich getäuscht wurde, darüber müssen ihm jetzt die Augen aufgehen. Das setzen ihm die Veröffentlichungen der englischen literarischen Presse und die Tatsache, daß genau nach Moskau Vorbild und Vorkurs, zu denen sich allerdings offiziell nur ein Haufen der radikalen englischen Arbeiterkraft bekennt, die Sabotierung der Gruben, die Vertheilung der Schaub- und Stillschmiedereien von den Pumpen, die verheerenden Angriffe auf Grubenbeamte und Direktoren im Süden von Strathford und anderwärts von zehntausenden Arbeitern vorgenommen werden. Das bolschewistische Gift ist wirksam geworden und sein Vorhandensein ist von Hauptbedeutung für die Beurteilung der Entwicklung der Bewegung aus einem bolschewistischen Streik zur Revolution, die für einzelne Landesbezirke nicht länger verheimlicht werden kann. Ohne die hiermit skizzierten Einflüsse müßte eine gütliche Verständigung der Parteien möglich gewesen sein, wie sie auch am Ende des letzten Streiks erfolgte. Sind doch die Gegensätze zwischen den feindsich einander gegenüberstehenden Gruppen kaum so unüberbrückbar, wie es der augenblicklichen Lage noch anzuommen werden müßte.

Um ihre Art und Bedeutung zu kennzeichnen, muß man zurückgreifen auf eine Maßnahme der englischen Regierung vom Februar 1917, die Uebernahme der Kontrolle der Bergwerke durch den Staat, die als eine Kriegsmassnahme nie anders als vorübergehend gedacht war. Sie gewährleistete den Grubenarbeitern aller englischen Kohlenbezirke von der Menge der gefördertten Kohle abhängige Löhne, den Grubenbesitzern erhebliche Gewinnanteile auf Grund der Gewinnsteuern von 1915. Den bedeutendsten Nutzen hatte der Staat, der aus den Förderungen und vor allem aus dem Auslandsverkauf mit Kohle bis zum September vorigen Jahres an 90 Millionen Pfund Gewinn erzielte. Diesen Gewinn wollten die Arbeiter damals zum Teil zur Aufbesserung ihrer Löhne um 2 Schilling 6 Pence pro Tonne und zur Verbilligung der Hausbrandkohle verwendet wissen, ein Ziel, das sie im großen Ganzen neben anderen politischen und deutenden Erzielungen, wenigstens für die Dauer eines Profitjahres, das am 31. März d. J. abgelaufen ist. Während nun die Regierung in der Zeit des florierenden Aufschwungs mit Kohle aus bedeutenden bergmännischen Arbeiter und Bergbau völlig zufriedigen konnte, sie also an der Aufrechterhaltung der staatlichen Kontrolle der Bergwerke interessiert blieb, mußte sie dieses Interesse nicht zuletzt unter dem Einfluß der Steuerzahler sofort von dem Augenblick an verlieren, in dem durch den Berlin großer Teile des Weltkohlenmarktes ihre Einnahmen aus den Gruben unter das Niveau der durch ihre Bewilligung bedingten Ausgaben sanken. Das geschah in überraschender Schnelligkeit in dem Vierteljahr vom November bis Februar, nachweislich durch die vom Staat abgekauften er-

anwendunge Heberschwemmung mit deutscher Kohle vorer England seine kontinentalen Ruchmer gänzlich, ein Zustand, der sich durch eine sprunghafte Verbilligung der amerikanischen Kohle, deren Preis unter den der englischen sank, noch veränderte verhältnismäßig und den England nicht lange auszuhalten vermochte.

Die englische Regierung entschloß sich also kurzerhand, von ihrem Heber der Ausbeutung einer Kriegsmaschine Gebrauch zu machen, und gab den Kohlenhandel nicht, wie ursprünglich beabsichtigt, im August, sondern mit Wirkung vom 1. April an frei. Die Grundbesitzer, deren Gewinne schon längst auf den Staatsausfluß beschränkt waren und die in der letzten Zeit sogar 4 bis 10 Schilling pro Tonne Verlust haben müssen, glaubten, die bis dahin in allen Grundbesitzern einheitlichen Eöhne nunmehr nach einwandfreien privatwirtschaftlichen Grundrissen regeln zu können, und ließen dabei auf den Widerstand der Arbeiter, denen es weniger auf die Lohnhöhe ankam, die in manchen Bezirken nicht wesentlich herabgedrückt wurde, sondern die vor allem das ihnen ausstehende Vorrecht der gleichen einheitlichen Eöhne genährt wissen wollten. Zudem haben sie nach Aufgabe der staatlichen Kontrolle weitere Fortschritte bedroht, die sie auf dem Wege zur „Nationalisierung“ des Bergbaus angebahnt erhalten hatten, so daß schließlich von dem Arbeiterführer Bruce in Vorschlag gebrachte und tatsächlich auch eingeleitete Vorhaben, das Prinzip des nationalen Vorkaufes, der Mindestlöhne für gleiche Tätigkeiten u. a. m. Sie besahen auf der Forderung der Aufrechterhaltung ihrer Vorrechte, nachdem sie sich anfangs sogar geweigert haben, in irgendwelche Ausleihungsverhandlungen einzutreten. Der Druck, den sie auf Regierung und Grundbesitzer ausübten, ist der Druck der Gewalt und der Sabotage. Sie lassen die Gruben erlaufen und verhindern die Notstandsarbeiten und verüben, wie dies vor kurzem auch bei und in Mitteldeutschland der Fall war, Gewalttätigkeiten auf dem Werke. Die Regierung hat Gegenmaßnahmen ergriffen, vor einigen Tagen den Ausnahmestand erklärt, der mittelweise für die schottischen Grubenbesitzer zum Vorkaufungsstande wurde, die Vorkaufungsbesitzung mobilisiert, auswärtige Truppen zuzusetzen und nach Vancouver und Warwick, den am meisten gefährdeten Bezirken, Maschinengewehr- und Artillerieformationen entsandt, aber sie hat bis zur Stunde die Nationalisierung des Bergbaus nicht unterdrücken können. Hebermachtigt demnach hat der von Kommunisten geleitete Aufstand auf. Die Gruben werden von bolschewistischen Elementen im Sturm genommen und mit Gewalt unter Wasser gesetzt, Lebensmittel werden ohne Bezahlung aus den Geschäften geholt, und die Waffendepots werden geplündert. In Nord-Georgien dieser Situation gewachsen ist, ob es tatsächlich noch „die Mittel und Wege“ finden wird, die es dem Parlament zur Niedersetzung des Ausnahmestandes zu erlauben vermag, ob seine verpöbelte eingeleitete Aktion, durch Vermittlung der zur Hochverratigkeit neigenden Grundbesitzer die Verhandlungen mit der Arbeiterpartei wieder aufzunehmen, von Erfolg begleitet sein wird, sind Fragen, die zur Stunde nicht beantwortet werden können. Unverkennbar ist der Kampf, die offene Revolution, die leicht eine bedeutende Veräberung erfahren kann, wenn sich die Oberhäute behaupten, daß die Ideen der Verantwortlichkeit der Rüge auszumachen gedenken, ihren nur mit Mühe unterdrückten Freiheitskampf wieder aufzunehmen.

Clond Georges Maßnahmen zur Unterdrückung der Streikbewegung.

London, 8. April. Unterhand. Clond George teilte mit, daß er an Freiwillige appelliere zur Bekämpfung der wachsenden Verfehrmittel und zur Einreichung als Spezialfontainer für die Schaffung einer besonderen Notstandsarmee. Auch sei es nötig, Reservisten von Meer und Flotte zu den Fährten einzuberufen. Die Nation habe zum ersten Male in der Geschichte den Versuch eines Zwanges durch Verhängung ihrer Disziplin anzuwenden. Große organisierte Körperlichkeiten der Bergarbeiter verhindern durch Drohung und Gewalt die Bergarbeiten in den Gruben. Die Regierung sei entschlossen, die Freiwilligen zu schicken. Sie werde von allen Hilfsmitteln der Allgemeinheit Gebrauch machen. (W. T. V.)

Die freiwillige Polizei besteht aus Bürgern, die sich verpflichten haben, in Krisenzeiten zur Aufrechterhaltung der Ordnung Polizeidienste zu versehen. Sie müssen den Eid leisten und werden mit Uniform und Waffen ausgestattet.

London, 8. April. Die Vertreter der Bergarbeiter entschieden sich dahin, daß Clond Georges Bedingungen die Sicherung der Bergwerke müßte der erste Gegenstand einer Erklärung sein, einer Konferenz mit den Bergwerksbesitzern im Wege stünde. Die Vertreter lehnten sich sofort mit den anderen Mitgliedern des Dreieckes wegen eines gemeinsamen Vorgehens in Verbindung. (W. T. V.)

London, 8. April. (Remier.) Eine geheime Versammlung der Exekutionsschiffe der Eisenbahnen und Transportarbeiter hat bekanntgegeben, daß der volle Streik des Dreieckes am Dienstag am Mittwoch beantragen soll, wenn nicht die Verhandlungen zwischen den Bergarbeitern und den Bergwerksbesitzern wieder aufgenommen werden. (W. T. V.)

Die Not des Saargebietes.

Berlin, 8. April. Im „Vol. Aus.“ schreibt ein Teilnehmer an der jüngsten großen Saardeutschen Kundgebung in Köln: Welche Armut des deutschen Volkes hat über die Not und über den Druck, unter dem die Saarbevölkerung steht, noch immer nicht genügend unterrichtet. Für Deutschland ist das Saargebiet unentbehrlich, für Frankreich hat es nur sehr geringfügige Bedeutung. Die Verwirklichung aber, die von der französischen Propaganda und von der in französischem Sinne arbeitenden Interzonalkommission angeleitet wird, bedeutet nach allen bisherigen Erfahrungen den wirtschaftlichen Ruin des Saargebietes.

Ein Terrortsondergesetz ruht auf dem Volke.

Obwohl das Saargebiet der Verwaltung des Völkerbundes untersteht, herrscht heute noch das französische Militär dort, in Verbindung mit der französischen Polizei, vor nicht zurückweichenden Propaganda. Jede Neuerung, die irgendwelche beiden Hauptmächten nicht gefällt, selbst wenn sie im Sinne der Vertragsbestimmungen lautet, wird mit Ausweisung der betreffenden Person bestraft. Nichts anderes werden auf Grund gemeinsamer Zivilgesetze und Denationalen Familienmitglieder auseinandergerissen, Verurteilungen und Freiheits und Recht des einzelnen und der Gesamtheit mit Füßen getreten. Die französische Polizei will nichts weiter, als das Saargebiet trotz der Bestimmungen des Friedensvertrages, endgültig Frankreich einverleiben, nicht um der Bevölkerung willen — denn auch die französischen Staatsmänner wissen ganz genau, daß sie ein unzerstörbares, rein deutsches Volk ist —, sondern um des Kohlen- und des Industrieertrages willen.

Klapp und klar geht die Not und die Bedrückung, unter denen das Saargebiet zu schmerzen hat, aus der Entscheidung hervor, die die Versammlung im Namen des Volkes an der Saar an das ganze deutsche Volk und an alle stillschweigenden Völker, insbesondere an die dem Völkerbunde angehörenden, richtete: „Reist dem Volke an der Saar, befreit es von seiner politischen und moralischen Unfreiheit, Restlosigkeit und Terror! Vast nicht an, daß ein hochzivilisiertes Volk im Herzen Europas als willenloser Spielball des französischen Propagandaregimes mißbraucht wird! Erhebt gemeinsam Eure Stimme vor dem Völkerbunde. Er soll durch den gemeinsamen Appell aller endlich einmal erkennen, daß Euch bitteres Unrecht geschieht von einer Macht, die nur egoistische und materielle Interessen verfolgt auf der Basis der Lüge.“

Der Wirrwarr der preußischen Regierungsbildung.

Berlin, 8. April. Am preußischen Landtag haben heute sämtliche Fraktionen die Frage der Regierungsbildung beraten. Außerhalb der mehrheitspolitischen Fraktion ist man aber nicht geneigt, die im „Vormarsch“ verzeichnete Ansicht, daß die einseitig über die reale Möglichkeit der Rückkehr zur alten Koalition wäre, ernst zu nehmen. Es ist allerdings unverkennbar, daß die Sozialdemokratie die alte Koalition mit allen Mitteln beibehalten will, wobei sie neuerdings Deier als möglichen Ministerpräsidenten in den Vordergrund schiebt. Ein Zeichen dafür, daß Zentrum oder Demokraten nach links hin umfallen werden, ist bisher noch nicht erkennbar. Das Bild der Dinge ist geblieben wie es war: hoffnungslose Verwirrung, aus der niemand einen gangbaren Ausweg namhaft zu machen weiß. Ob das für heute nachmittags erwartete Eingreifen des Reichspräsidenten Ebert die Lage wesentlich zu verbessern vermag, bleibt noch abzuwarten.

Die demokratische Fraktion vertrat laut „W. T.“ den Standpunkt, daß der Ministerpräsident unter allen Umständen gewählt werden müsse. Diesem müsse es dann überlassen bleiben, auf Grund eines von ihm ausgearbeiteten Programmes mit den einzelnen Parteien in Verhandlungen einzutreten und sich ihre Unterstützung zu sichern.

Der voraussetzliche preußische Ministerpräsident. Berlin, 8. April. Wie in gut unterrichteten Kreisen verlautet, wird der Zentrumsdirektore Gerald preußischer Ministerpräsident werden. (W. T. V.)

Die Beratungen der Finanzminister.

Stuttgart, 8. April. Ueber die Konferenz der Finanzminister wird amtlich mitgeteilt: Durch die Annahme der Steuervorlage wird der Ertrag der Einkommensteuer unwesentlich beeinträchtigt, einmal dadurch, daß der Prozentsatz des Tarifs wesentlich herabgesetzt worden ist, dann aber auch dadurch, daß den Gewerbetreibenden auf eine Reihe von Jahren eine harte Abschreibung gewährt ist. Einmal ist auch die Hebung der Mindesteinkommen fortgefallen. Die Finanzkonferenz verwarf aus diesen Gründen, für die Länder und Gemeinden einen höheren Prozentsatz der Einkommensteuer als die bisherigen zwei Drittel vom Reiche zu erlangen. Außerdem sollten den Gemeinden fünf Prozent Umsatzsteuer 15 Prozent anzuweisen werden. Eine Einlösung kam jedoch in beiden Punkten nicht zustande. Das Reich wollte nur eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 5 Prozent gewähren. In den nächsten Tagen wird der Reichsfinanzminister weitere Verhandlungen darüber mit dem Reichstag führen.

Landtagsauflösung in Thüringen?

Mon. unterem Sonderber. (H. T. V.)
Weimar, 8. April. Heute nachmittag hat in der 66. Sitzung der Präsident des Landtags von Thüringen einen Antrag der Rechtsfraktion auf Auflösung des Landtages verlesen. Der Antrag geht weiter dahin, die Regierung zu veranlassen, Vorberathungen zu wählen gemäß § 66 der Verfassung vorlegen lassen.

Ministerpräsidentenwahl in Mecklenburg.

Schwerin, 8. April. Bei der heutigen Wahl eines Ministerpräsidenten im Landtage wurden 66 Stimmscheitel abgegeben, davon 3 unbeschrieben. Gewählt wurde der Vorsitzende des letzten Ministeriums Stellung (Soy) mit 36 Stimmen. Dr. Reiche (W. T. V.) erhielt 27 Stimmen. Der Landtag hat sich bis zum nächsten Dienstag vertagt. (W. T. V.)

Todesurteil gegen die Hallsenjer Missetäter.

Halle, 8. April. Das heute zusammengetretene Sächsische Sondergericht verurteilte, nachdem es einen Tischlerlehrling wegen Missetaten in einem bewaffneten Hausen zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt hatte, gegen den Buchhändler Paul Jakob aus Ammenorf, der Urheber der beiden Eisenbahnentführungen bei Ammenorf und Götters. Durch Vernehmung von Jungen und das Gehörnde Jakobus ergab sich, daß er seit Monaten plante, einen D. Bus zur Entführung zu bringen, um den Postwagen und die am D. Bus folgenden Retzwerke auszuliefern. Er wollte dann sofort ins Ausland gehen. Er sei es müde gewesen, immer nur kleine Dinge zu brechen. Unmittelbar vor Einsetzen des D. Buses habe er die Schienen gelodert, aber durch einen glücklichen Zufall ist der D. Bus, ohne zu verunglücken, darüber hinweggefahren. Jakob ist dann nochmals auf den Bahnkörper gegangen und hat die Schiene überrollt und dadurch die Entführung der beiden Witterzüge verurteilt. Jakob wurde wegen des Missetats bei Ammenorf zum Tode, wegen des Missetats bei Götters zu 12 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Handaranten-Missetäter vor Gericht.

Halle, 8. April. Das Sondergericht in Torgau verurteilte 18 Kommunisten, die am 25. März die Kaserne zu stürmen und die Eibörde mit anfangen gebundenen Handaranten in die Luft zu sprengen versucht hatten, wobei zwei Angehörige der Reichswehr verwundet worden waren zu 3 bis 6 Jahren Gefängnis. Ein Teil der Angeklagten beschränkte sich als Verfehrter und nahm das Urteil mit lautem Beifall an. Als der Verbrecher, der beim Kommunisten-Heberfall des Vorortes Ammenorf Tannam in das dortige Bahnhofgebäude leste und durch Tannam die Eisenbahnbrücke beschädigte, ist laut der Arbeiter Schab aus Ammenorf ermittelt worden. Er hat aus den Kämpfen mit der Schutzpolizei eine Verwundung davongetragen und liegt in hoffnungslosem Zustande in der Klinik.

Das Urteil im Kommunistenprozeß Bafar.

Magdeburg, 8. April. Am Kommunistenprozeß Bafar wurde heute das Urteil gesprochen. Der Hauptangeklagte Paul Albert Bafar aus Magdeburg wurde freigesprochen, da ihm das zur Last gelegte Verbrechen nicht nachgewiesen werden konnte. Der zweite Hauptangeklagte Hans-Johannes August Bafar wurde zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Angeklagte erhielten je 6 Monate Gefängnis, drei je 5 Monate, ein Angeklagter 4 Monate und Angeklagte je 3 Monate. Die übrigen neun Angeklagten wurden freigesprochen. Der Diktator gegen Jakob wurde aufgehoben. Den Verurteilten wurde nicht nur die Untersuchungshaft, sondern auch die erlittene Schwere auf die Strafe angerechnet. (W. T. V.)

Kommunistische Ruheit.

Berlin, 8. April. Der mehrheitspolitische Parteisekretär Tinnler aus Gladbeck wurde in Werd bei den Unruhen von den Kommunisten aus seiner Wohnung geholt und zu Tode gemartert. Die Mehrheitspolitischen verurteilten zurzeit Stimmung für eine Amnestie für die Gefangenen der kommunistischen Unruhen in Parlamenten zu machen. Ein Amnestieantrag wird von den Unabhängigen und Kommunisten im Landtag eingebracht werden.

Aufhebung der Kommunistenorganisation in Ostpreußen.

Berlin, 8. April. Nach einer Blättermeldung aus Königsberg ist in Preußen bei Cablan der Kommunistenführer Veltz verurteilt worden, in dessen Besitz ein Protokoll mit genauen Angaben über die kommunistische militärische Organisation Ostpreußens gefunden wurde.

Hindenburg an Ludendorff.

Zu General Ludendorffs 57. Geburtstag reichte Generalfeldmarschall v. Hindenburg der „Münchener Abendzeitung“ folgende Zeilen zur Verfügung: Am 9. April, dem Geburtstag Ludendorffs, gedenke ich so ganz besonders meines treuen Waffengefährten. Beiseit von ständiger Liebe zu Ehren und Vaterland, fähig, zuverlässig und voranwärtig, klar in der Beurteilung der Lage, ein Meister in der Anordnung der Operationen und in der Schaffung wie Verwendung der Kampfsmittel, von unermüdbarer Tatkraft, so hand er mir zur Seite in allen Stürmen des jahrelangen Ringens gegen eine Welt von Feinden. Das kann ich ihm nie genug danken!

Wäge sich bei uns die Erkenntnis von der Bedeutung und dem Wert einer solchen Persönlichkeit machen unerkennlichen Ansehungen gegenüber immer mehr klären, und möge es Deutschland in künftigen schweren Zeiten nicht an Männern fehlen, die gleich Ludendorff ihr ganzes Denken und Tun selbstlos nur einem Ziele widmen: dem Siege unferer Fahnen, dem Wohle des Vaterlandes!
v. Hindenburg.

Gegen die Lüge von der deutschen Zerstörungslust

richtet sich ein Aufruf, den die Bundesleitung des Deutschen Offizier-Bundes an alle Angehörigen des ehemaligen deutschen Kriegsheeres und der Marine

erläßt. Es heißt darin:

In der letzten Rede Lord Georges in London ist wiederum behauptet worden, daß die schweren Zerstörungen in Frankreich und Belgien nur zu einem kleinen Teil den Kampfhandlungen, zu einem überwiegenden aber den planmäßigen, mit Vorbedacht durchgeführten Zerstörungslust der Deutschen auszuweisen seien. Um das englische und französische Volk für diese Ziele einzufangen, beabsichtigt die Entente, eine Zusammenstellung von Photographien der zerstörten Gebiete herauszugeben.

Es gilt, der Wirkung dieser Propaganda entgegenzutreten, dadurch, daß deutscherseits gezeigt wird, in welchem unbeschreiblichen Umfange die Zerstörungen den feindlichen Heeren selbst zur Last fallen.

1. durch das mehrfache Trommelfeuer ihrer übermächtigen Artillerie.

2. durch ihr Fernfeuer auf weit hinter der Front gelegene, für die Operationen kaum in Betracht kommende Städte und Dörfer ferner durch das englische und französische Feuer bei Verfolgung der deutschen Truppen im Jahre 1918.

3. durch militärisch unnötige Abzweigungen auf friedliche belgische und französische Städte, Dörfer und die Industrie-Anlagen.

Dazu werden zweckdienliche Photographien der einzelnen Zerstörungsstellen und Ortschaften dringend benötigt. In Betracht kommen vor allem: Die Städte und Dörfer der Kampffront der Westschlachten. Hierbei wäre es wertvoll, durch Photographien die allmählich fortschreitende Entwicklung der Zerstörung durch das feindliche Feuer zu belegen; also Photographien derselben Städte und Dörfer aus den einzelnen Kriegsjahren bis 1918. Besonders ferner Photographien der Städte Venn und des umliegenden Hochengebietes nebst Grubenanlagen und der Vorstädte von Villo, Lambertart, Le Marais, Dastennes, Erainghem, Dambourin, Sante, Ancolme, Emmerin, Ravelles, die vom 1. bis 16. Oktober 1918 ohne militärische Notwendigkeit von den Engländern fast gänzlich zerstört wurden, bis dahin aber erhalten geblieben waren. Diese 1917, 1918 (war bei der Mars-Offensive noch gut erhalten, wurde dann erst durch feindliches Feuer zerstört); Criquan und Gulle, die 1917 gut erhalten, dann durch feindliches Feuer zerstört; Saint Quentin aus dem Jahre 1917 das nach Verleihen der Zerstörungsfähigkeit bekanntermaßen lebhaft durch englisches und französisches Feuer zerstört wurde. Obene, das ausschließlich seiner Kirchen von See, und vom Landeher durch die Engländer zerstört wurde: Vaon 1917, La Fere, Montdidier, von Eliaf, Votrinonides, Eddies und Dörfern. Ferner aus der Zeit des deutschen Rückzuges 1918 von Douan, Tenain, Cambrai, Valenciennes, Solesmes, Candrin, Le Quesnoy, Le Cateau. Bilder der Grubenanlagen von Longwy, Vrien, die wiederholt das Ziel der französischen Artillerie waren. Von Antwerpen, dessen Hafen 1917 durch feindliche Bombenartillerie unbeschreiblichen Schaden erlitt. Von anderen Städten und Dörfern, die durch feindliche Artillerie zerstört worden sind. Schließlich Bilder von Kirchen, die durch feindliches Feuer oder Artillerie zerstört sind.

Auf allen Photographien wäre auf der Rückseite anzugeben: a) Ort und Datum der Aufnahme, ob durch feindliche Artillerie (englisches oder französisches) oder durch Fernfeuer (z. B. zerstört); b) die Namen und Adressen der Einsender. Die Photos, soweit sie nicht ausdrücklich als eindeutig bezeichnet werden, werden dem Einsender zurückgestellt. Sollten Duplikate vorhanden sein oder der Einsender in der Lage sein, eine Kopie auf eigene Kosten herstellen zu lassen, so würden wir für völlige Überlieferung der Photos angeht, das hochbedeutenden, vaterländischen Zweckes ihrer Verwertung, sehr dankbar sein. Einsendungen des Gesamtmaterials an die Presse-Abteilung des Deutschen Offizier-Bundes, Berlin W. 9, Volodomer Straße Nr. 22, mit dem Kennwort „Kriegsbilder“.

Bevorstehende Entscheidung über Oberschlesien.

Berlin, 8. April. Der französische Reichsminister reist Anfang kommender Woche nach Paris, wohin sich auch General Perond begibt. Die entscheidenden Beratungen in Paris über Oberschlesien werden nach der Ankunft der beiden Vertreter beginnen.

Der Verhandlungsmusch auf Leitung Oberschlesiens.

Wien, 8. April. Einem Vertreter des „Neuen Wiener Tageblattes“ erklärte eine hervorragende Orientierungsperson über die ober-schlesische Frage, es sei wohl ausgeschlossen, daß das Land ungeteilt bleibe da einzelne ober-schlesische Kreise unabweisbar für Deutschland, andere für Polen ausgeprochen hätten. Außerhalb der Frage sei nur die Lösung des Wirtschaftsproblems. Hierbei falle für Deutschland weniger die Kohlenfrage ins Gewicht. Deutschland leiste am Rhein und im Industriegebiet Kohlen genug, um auf die ober-schlesische Kohlenproduktion angewiesen zu sein. Viel mehr ins Gewicht fielen für Deutschland die übrigen reichen Industrien in Oberschlesien, wie die Eisen-, Blei-, Zinn- und Kunststoffeindustrie. Hier seien ungeheure Werte investiert, und diese Industrien im Interesse der Allgemeinheit zu erhalten, werde die wichtigste Aufgabe bei der Entscheidung über Oberschlesien bilden.

Der schlesische Städtetog für die Unteilbarkeit Oberschlesiens.

Reife, 8. April. Der heute hier zusammengetretene und hart beendete außerordentliche schlesische Städtetog nahm unter harter deutscher Beteiligung einstimmig eine Entscheidung an, daß nach den Ergebnissen der Volksabstimmung und nach auf genauer Kenntnis von Land und Leuten beruhender Überzeugung kein Teil Oberschlesiens von Deutschland abgetrennt werden dürfe, ohne dauernd einwirkender wirtschaftlicher, sozialer und kultureller Sertüttung anheim zu fallen. (W. T. V.)

Seite 1
Streitigkeiten
Gemeinschaft, 8. April 1919
Str. 166

